

1. Mai in Europa

»Zeit für soziale Wende«

Von Herbert Schadewald

Bereits zum zweiten Mal überschattet die Coronapandemie die Aktivitäten am Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse. Weltweit. Die Geschichte dieses traditionellen Maitäges reicht bis 1856 zurück. Damals gab es in Australien die ersten Massendemonstrationen für einen Achtstundentag. Genau 30 Jahre später regte sich auch in der nordamerikanischen Arbeiterbewegung der Widerstand gegen die Massenausbeutung.

Zwischen 1945 und 1989 wurde in den sozialistischen Ländern der Maistart – nachdem zahlreiche Werktätige vielerorts in Demonstrationen an den Ehrentribünen vorbeigezogen waren – vor allem als Feiertag begangen. Außerhalb dieser Gesellschaftsordnung hatte der 1. Mai nichts von seiner ursprünglichen Bedeutung als Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse verloren. Die Gewerkschaften machten mobil (siehe Seite 2). Dass diese Aktivitäten nach wie vor notwendig sind, wird nun vor allem auch durch die Pandemie deutlich.

Doch was bewegt die europäischen Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation? Dazu befragten wir ver.di-Partnerorganisationen in Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Norwegen, Österreich, der Schweiz, Slowenien, Spanien und Türkei. Leider haben uns bis zum Redaktionsschluss nur drei direkt geantwortet.

In Kroatien organisieren diese drei repräsentativen Gewerkschaften die diesjährigen Maiaktionen: Nezavisni Hrvatski Sindikati (NHS – die 1992 gegründete Unabhängige Kroatische Gewerkschaft), Savez Samostalnih Sindikata Hrvatske (SSSH – die 1990 gegründete Union der autonomen Gewerkschaften Kroatiens) und Matica Hrvatskih Sindikata (MHS – die 1993 gegründete Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten). »Ein wichtiges Thema in diesem Jahr wird natürlich die Organisation von Veranstaltungen im Rahmen der Covid-19-Umstände sein«, meint Diplom-Jurist Darije Hanzalek, Präsident der Sindikat grafičara i medija (Grafik- und Medienunion). Mit welchen konkreten Schwerpunktthemen die großen Gewerkschaften zentrale und regionale Veranstaltungen organisieren werden, stand Ende März

noch nicht fest.

»Was die Covid-19-Pandemie betrifft, so bestand unsere größte Herausforderung – neben der Gesundheit – darin, die Tarifverträge und das Niveau der Arbeitnehmerrechte aufrechtzuerhalten und wenn möglich zu verbessern. Vor allem zu Beginn der Pandemie gab es viele Herausforderungen mit der Entsendung von Arbeitnehmern und der Anerkennung von Kosten und Arbeitsbedingungen«, schildert Darije Hanzalek. Nicht weniger kompliziert sei es, unter den gegebenen Rahmenbedingungen der allgemeinen physischen Isolation, die Gewerkschaftsaktivitäten aufrechtzuerhalten, verdeutlicht er. Das beeinflusse natürlich stark die gewerkschaftlichen Aktivitäten und Initiativen. »Ich bin mir bewusst, dass der Gewerkschaftskontakt zwischen Kommissären und Mitgliedern die Grundlage für alle Gewerkschaftsarbeiten sind.« Deswegen strebt die Kroatische Grafik- und Medienunion ein Webinar zum Thema Organisieren an, um die aktuellen Umstände zu verbessern. Zur Pandemie kam in Kroatien erschwerend auch noch die Naturkatastrophe. Denn das Land an der Adriaküste wurde am 22. März 2020 von einem starken Erdbeben erschüttert. Ein zweites folgte am 29. Dezember 2020. »Das erste Erdbeben traf auch das Gebäude, das unsere Gewerkschaft 1938 in Zagreb errichtete. Seither mussten wir erhebliche Anstrengungen und Ressourcen in die Sanierung investieren«, berichtet Darije Hanzalek. Gleichzeitig verweist der Präsident darauf, dass die Pandemie und die Erdbebenfolgen »uns daran hinderten, den 150. Jahrestag unserer am 24. Juli 1870 gegründeten Gewerkschaft auf die gewünschte Weise zu feiern«.

Auch die Ende 2006 durch Fusion der ehemaligen Gewerkschaften Druck, Journalismus, Papier (djp)



Maidemonstration am 1. Mai 2012 in Paris. Zum 1. Mai 2021 gilt Versammlungsverbot von mehr als sechs Personen

und der Privatangestellten (GPA) entstandene Gewerkschaft GPA kämpft in Österreich jetzt vorrangig mit den Pandemiefolgen. Deswegen werde es dieses Jahr »keine zentrale Veranstaltung zum 1. Mai mit einem zentralen Thema geben«, informiert Christian Schuster, Wirtschaftsbereichssekretär der Gewerkschaft GPA. Auch regional seien keine Veranstaltungen geplant.

»Wir gehen dieses Jahr unter dem Motto »Zeit für die soziale Wende!« auf die Straße«, lässt Christian Capacoel, Pressesprecher der Schweizer Gewerkschaft Medien und Kommunikation syndicom, wissen. Mit dieser Aktion »wollen wir thematisieren, dass die Corona-Krise vor allem für die geringen Einkommen auch eine wirtschaftliche Krise ist. Denn die Situation wird immer prekärer für eine breite Schicht der Bevölkerung«, argumentiert er. Für ihre diesjährige Maiveranstaltung hat syndicom ein Konzept erarbeitet, dass »auf kleinere, dezentrale Aktionen setzt und die dann, wenn es die Situation zulässt, zumindest in den größeren Ortschaften zentralisiert werden können«, schildert Christian Capacoel.

Viele syndicom-Mitglieder beschäftigt gegenwärtig auch die Frage, wie zukünftig das gegenwärtig verbreitete Homeoffice arbeitsformmäßig reguliert wird. Dieses Thema »gehen wir offensiv an. Wir haben früh eine Studie dazu

gemacht und gewerkschaftliche Positionen entwickelt, die wir konsequent gegenüber den Arbeitgebern vertreten können«, berichtet der syndicom-Pressesprecher. Hinzu kommt, dass »bei den Medienschaffenden und in der Druckindustrie die Pandemie den Strukturwandel weiter beschleunigt hat. Arbeitsplätze verschwinden noch schneller«, charakterisiert Christian Capacoel. So sei die Gewerkschaft »mit den Medienschaffenden und den Kollegen der grafischen Industrie im engen Kontakt und begleitet sie regelmäßig in den Kämpfen für bessere Sozialpläne, gegen den Abbau von Arbeitsplätzen«.

syndicom vertritt aber auch die Gewerkschaftsmitglieder in der Logistikbranche. Es seien jene, »die jetzt vor allem unter der Arbeitsbelastung leiden und trotzdem auf taube Ohren bei den Lohnforderungen stoßen«. Deswegen versucht die Schweizer Arbeitsnehmerorganisation, »die Öffentlichkeit für den Wert der systemrelevanten Berufe zu sensibilisieren«. Gleichzeitig nutzt syndicom die Enttäuschung der Mitarbeiter wegen der harten Haltung der Post, um den dortigen Mobilisierungsgrad zu erhöhen.

Allein der kleine Blick in diese europäischen Gewerkschaftssituationen macht deutlich, dass der 1. Mai weiterhin ein Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse bleibt und bleiben muss. Denn die Pandemie verschärft die Situation der Lohnabhängigen. Weltweit.

Die Schieflage der Westmedien

Von Herbert Schadewald

»Bis heute erweist sich der Osten der Republik als eine massenmedial multiple Problemzone«, schreibt Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung, im Vorwort zum 45. Arbeitspapier. Jährlich gibt die 1972 gegründete Wirtschaftsstiftung der IG Metall mehrere dieser wissenschaftlichen Publikationen heraus. Anfang März wurde nun die Dokumentation über die mediale Spaltung von Dr. Lutz Mücke veröffentlicht. Auf 38 Seiten analysiert der promovierte Journalist die ostdeutsche Medienlandschaft seit 1990.

In den zurückliegenden drei Jahrzehnten sind Ost- und Westdeutschland medial nicht wirklich zusammengewachsen. »Zwischen Thüringer Wald und Kap Arkona finden ›Die Zeit‹, die ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹, die ›Süddeutsche Zeitung‹ und ›Der Spiegel‹ kaum Absatz«, konstatiert Dr. Lutz Mücke. Mit seinen Ausführungen will er jedoch keinen »Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf abschließende Befunde« erheben. Doch er seziiert sehr ausführlich, wie es zu der Entwicklung und der nun real existierenden Mediensituation kam.

In rund 90 Prozent der DDR-Haushalte wurden nicht selten mehrere Zeitungen und Zeitschriften bezogen. Schließlich gab es »eine sehr breite und preiswerte Palette an Angeboten von der regionalen Tageszeitung über Jugend- und Kinderzeitungen bis hin zu Illustrierten und überregionalen Wochenzeitungen«, zitiert er Prof. Dr. Hans-Jörg Stiehler. 17 der insgesamt 39 Tageszeitungen gehörten der SED. Das waren außer dem überregionalen Zentralorgan »Neues Deutschland« die regionalen Bezirkszeitungen – mit einer Gesamtauflage von sieben Millionen Exemplaren. 18 Tageszeitungen wurden von den vier Blockparteien (CDU, DBD, LDPD, NDPD) herausgegeben. Die Treuhandanstalt verscherbte für 1,2 Milliarden DM diese Printmedien an westdeutsche Verlage. Auch wenn die Regionalzeitungen zunächst noch Orientierung und Identifikation boten, »spielten im Zuge der rasanten Deindustrialisierung mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und sinkenden Einkommen in Millionen Ost-Haushal-

ten schnell auch zunehmend die Abo-Preise eine Rolle«, schreibt Dr. Mücke. So schrumpften selbst überregionale DDR-Wochenzeitungen dramatisch – von Millionenauflage bis zum Untergang.

Bei den Redaktionen und Verlagen dieser Westmedien fragte Dr. Lutz Mücke vergeblich nach entsprechenden Vertriebszahlen. So stützte er sich schließlich auf Angaben, die die Informationsge-

spielen von Jugendradio DT64 und dem mdr. Der Bayerische Rundfunk (BR) unterstützte maßgeblich den mdr-Aufbau. »Vom BR kam auch der erste Intendant – Udo Reiter, dessen diskriminierende Personalpolitik heftige Diskussionen auslöste und den Personalkurs für zwei Jahrzehnte vorgab. Im August 1991 wurden sieben von acht mdr-Direktorenposten mit Westdeutschen besetzt. Der eine Ostdeutsche war für die Technik zuständig«, schildert Dr. Lutz Mücke. DT64 wurde zwar 1992 vom mdr übernommen und 1993 in »Sputnik« umbenannt, verlor aber nicht nur seine restlichen Frequenzen, sondern auch seine engagierten Programmleute. »Der gesamte Prozess hinterließ bei tausenden jungen Engagierten einen bitteren Nachgeschmack. Sahen in der neu errungenen Freiheit und Demokratie so die Partizipationsmöglichkeiten und Medienfreiheit für Ostdeutsche aus?«, konstatiert der Medienanalytiker. Selbst der damalige SPD-Vorsitzende Björn Engholm setzte sich für den DT64-Erhalt ein. Umsonst. Ostdeutsche Nachwuchsjournalisten sind aktuell auch in den Ausbildungsstätten eine Rarität. So ermittelte das »Medium-Magazin«, dass es im Jahrgang 2018/2019 an der RTL-Journalistenschule von den 28 Schülern keinen Ostdeutschen gab. An der Axel-Springer-Akademie waren es fünf von 66, an der Burda-Journalistenschule einer von 23, an der Nannen-Schule zwei von 14, an der Katholischen Journalistenschule elf von 34 und an der Evangelischen Journalistenschule Berlin einer von 15.

Abschließend gibt Dr. Lutz Mücke in seinem Diskussionspapier einige Handlungsempfehlungen, die einen Perspektivwechsel einleiten sollten. So sollten politische Parteien »Konzepte erarbeiten, wie sie mit den skizzierten Verwerfungen und den daraus entstandenen Konflikten umgehen wollen«. Gleichzeitig schlägt er eine Veranstaltungsreihe vor, um beispielsweise über die Lage des Journalismus und die Rolle der Massenmedien in einer fragmentierten Öffentlichkeit und polarisierten Gesellschaft zu streiten.

Recht ausführlich behandelt Dr. Lutz Mücke auch die ostdeutsche Rundfunkentwicklung an den Bei-



Kiosk in der Berliner U-Bahn

Den rekordverdächtigen Printmedienverkauf haben nur drei überregionale Erzeugnisse bisher als Eigengewächse überlebt: Die ehemalige FDJ-Tageszeitung »junge Welt«, die weiterhin von einer Genossenschaft herausgegeben wird, und das »Neue Deutschland« (jetzt: »nd.DER TAG« und »nd.DIE WOCHE«), die von einer GmbH aufgefangen wurde, die zu 50 Prozent der Linkspartei gehört. Auch das Satiremagazin »EULENSPIEGEL« gibt es noch – inzwischen als Monatszeitschrift. Die werktäglich DDR-weit verbreitete Gewerkschaftszeitung »TRIBÜNE« (Organ des FDGB-Bundesvorstandes) verschwand 1991 vollständig aus dem Blätterwald.

Der Autor resümiert: »In Ostdeutschland hat die überregionale westdeutsche Qualitätspresse diese für eine demokratische Gesellschaft so essentielle Integrationsleistung nie entfaltet. Im Gegenteil. (...) Die Ostdeutschen zu repräsentieren und zu integrieren, war über Jahrzehnte nicht ernsthaft ihr Anliegen.« So blieben »Der Spiegel«, »Die Zeit«, die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) und auch die »Süddeutsche Zeitung« (SZ) »die Leitmedien der alten Bundesrepublik, die in Ostdeutschland bis heute kaum jemand liest«.

meinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) publizierte. Demnach verkaufte die FAZ im ersten Quartal 2020 in Ostdeutschland täglich lediglich rund 7900 Exemplare. Das entspricht 3,4 Prozent der Gesamtauflage von 235 000. Die SZ kam auf 8300 Exemplare (2,5 Prozent).

»Die Westangebote kommen noch immer aus einem fremden Land und im Auslandsduktus daher«, begründet Prof. Dr. Stiehler diese ostdeutsche Aboabstinenz. Dr. Mücke ist überzeugt, dass potenzielle Lesergruppen im Osten nicht erreicht werden konnten, »da die westdeutschen Agendasetter zu oft zu stereotyp berichten. Hier schreiben Westdeutsche für Westdeutsche.« Und der Medienwissenschaftler Stiehler ergänzt: »Natürlich wurde und wird in den überregionalen Printmedien bis heute über Ostdeutschland und die Ostdeutschen berichtet, aber offenbar zu wenig mit ihnen.« Vermutlich ist dies auch mit einer Ursache für ein Forsa-Umfrageergebnis von 2018, wonach lediglich 27 Prozent der Ostdeutschen der Presse vertrauen. Im Westen sind es 43 Prozent.

8. Mai – Tag der Befreiung

Brecht bleibt aktuell

Von Herbert Schadewald

Der 8. Mai 1945 war ein Dienstag. Kurz vor Mitternacht wurde in Berlin-Karlshorst die Kapitulationsurkunde unterzeichnet. Damit waren Deutschland und große Teile Europas vom Faschismus befreit. Waren und sind wir wirklich davon befreit? Oder ist der Schoß (immer)

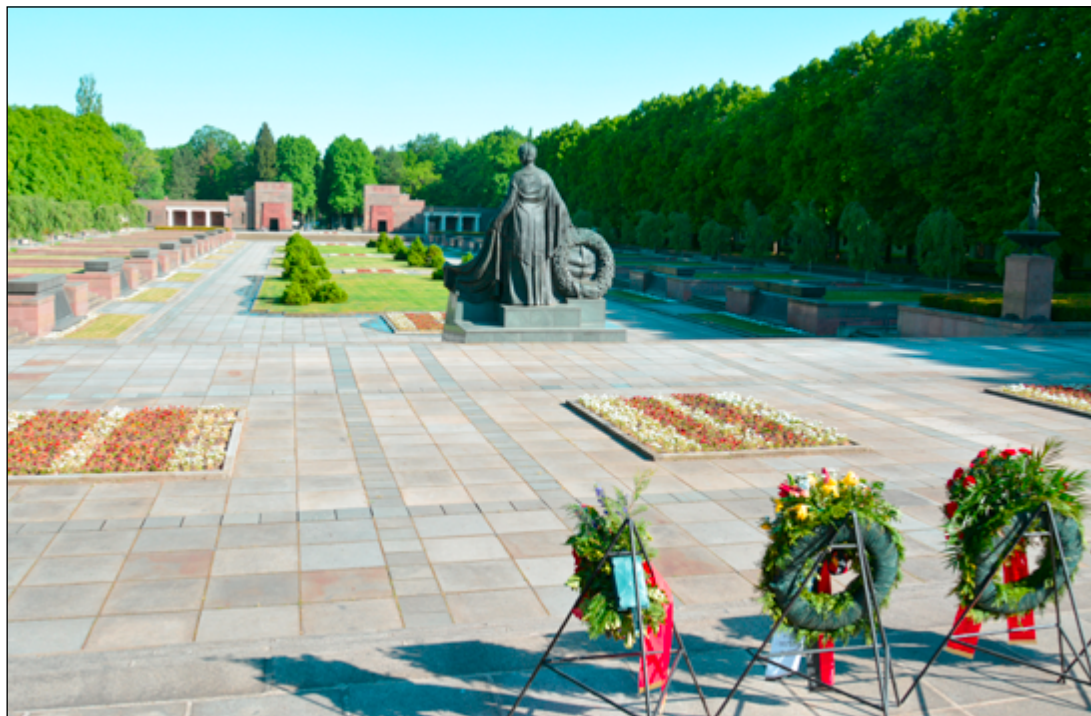
würde die Bundesrepublik »ihrer Erinnerungskultur angemessen Rechnung tragen«. Gleichzeitig würde damit zum Ausdruck gebracht, »dass der 8. Mai 1945 ein die Zeiten überdauernder Tag der befreienden Niederlage und des rettenden Zusammenbruchs

»Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt«, steht auf einer Wandinschrift im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst. Es ist ein Zitat von dem am 18. Dezember 1878 in

Gori geborenen Iosse Bessarionis Dschughaschwilli – bekannt als Josef Vissarionowitsch Stalin. Seit 1922 war er Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und ab 1941 oberster Befehlshaber der Roten Armee.

»Die in unserem Lande verankerte Ideologie der Gleichberechtigung aller Rassen und Nationen, die Ideologie der Völkerfreundschaft hat den vollen Sieg über die hitlerfaschistische Ideologie, des bestialischen Nationalismus und Rassenhasses errungen«, lese ich von ihm auf einem der Kalksteinreliefs, die einen Teil der äußeren Begrenzung des Treptower Ehrenmals darstellen. Auf einer anderen erinnert Stalin daran, dass die Erfolge der Roten Armee unmöglich gewesen wären »ohne die Unterstützung des Volkes, ohne die aufopfernde Arbeit der Sowjetmenschen in den Betrieben, in den Bergwerken und Kohlegruben, im Verkehrswesen und der Landwirtschaft«.

Am zweiten Maisonnabend werde ich wieder nach Treptow fahren, um bei einem stillen Rundgang auf dem Ehrenmalgelände der Rotarmisten zu gedenken, die unter großen Opfern den Krieg beendeten. Dafür bin ich ihnen dankbar. Aber es war leider keine wirkliche Befreiung vom Faschismus. Denn seine Ideologie breitet sich verstärkt wieder aus – in Europa und in Deutschland. So bleiben die Worte von Bertolt Brecht nach wie vor aktuell. Denn der Schoß ist immer noch fruchtbar, aus dem das kroch.



Teilansicht des sowjetischen Ehrenmals in der Schönholzer Heide. Seit der Erbauung stand dieses im Schatten des Treptower Ehrenmals. Während dessen Einweihung am 8. Mai 1949 in den Ostberliner Zeitungen umfangreich kommentiert wurde, fand die Eröffnungsfeier in Schönholz zum Jahrestag der russischen Oktoberrevolution am 7. November 1949 – wenige Wochen nach Staatsgründung der DDR – keine Erwähnung. (Quelle: Museumsverbund Pankow [Hg.], Die Schönholzer Heide, Berlin 2007)

noch fruchtbar, aus dem das kroch – wie es Bertolt Brecht in seinem »Aufhaltbaren Aufstieg des Arturo Ui« so treffend formulierte?

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ist der 8. Mai hierzulande immer noch kein Feiertag. In einem offenen Brief an den Bundespräsidenten und die Kanzlerin hatte im Januar 2020 die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano erneut die Feiertagsdebatte angestoßen (siehe Querköpfe 5/2020, Seite 6). Sie erhielt viel Aufmerksamkeit – aber passiert ist nichts. Lediglich Berlin machte im Vorjahr zum 75. Jahrestag eine einmalige Ausnahme und erklärte den Tag der Befreiung zum Feiertag.

Den 8. Mai als regelmäßigen Feiertag zu verankern, hält auch der Historiker Prof. Dr. Martin Sabrow für überfällig. Damit

war«, argumentiert der Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam.

Vier sowjetische Ehrenmale (Bucher Schlosspark, Schönholzer Heide, Tiergarten und Treptower Park) erinnern in Berlin an die über 80 000 Rotarmisten, die bei der Eroberung der damaligen Reichshauptstadt ihr Leben verloren. Diese Gedenkstätten sind gleichzeitig sowjetische Kriegsgräberstätten. Als am 8. Mai 1949 das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park feierlich eröffnet wurde, bezeichnete es Otto Grotewohl, Vorsitzender der SED und des Verfassungsausschusses des Deutschen Volksrates, als »ein Zeichen des Dankes gegenüber der Sowjetarmee als Befreier«. Über 7000 Sowjetsoldaten fanden dort ihre letzte Ruhestätte.

Die Querköpfe

Diese Zeitung ist ein Online-Produkt im PDF-Format und nur mit einem Computer, Tablet oder Smartphone zu empfangen. AbonnentInnen erhalten vier- bis sechsmal jährlich eine Mail mit Inhaltsangabe und einem Link zum Herunterladen. Das alles ist kostenlos.

Zur Abo-Bestellung genügt eine formlose Mail an

→ abo-querkoepe@gmx.de